

Gedanken zur Woche

Etwas Geduld, bitte



Sechs von zehn EinwohnerInnen Zürichs haben einen Migrationshintergrund. Diese Feststellung der Stadtpräsidentin Corine Mauch an der Zürcher Migrationskonferenz geht gerne vergessen. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass der Anteil der 'reinrassigen' SchweizerInnen weiterhin abnehmen wird. Von vereinzelt Urnengängen abgesehen, spielen im Alltag die Nationalitäten kaum eine Rolle. Um keine Idylle zu verbreiten: Der tiefgläubige Muslim in der entsprechenden Kleidung, die Frau mit dem Kopftuch oder der orthodoxe Jude stehen meist etwas abseits der Gesellschaft; man lässt sie für sich.

Ingrid Breckner zeigte auf, dass die Migration in sehr vielen Städten der Welt schon immer eine Rolle spielte und in Zukunft eine noch grössere spielen wird. Ihr bester Ratschlag: Die Schaffung von öffentlichen Räumen, in denen sich die Vielfalt der in einer Stadt Lebenden entfalten kann. Bettina Vollath, Regierungsrätin aus der Steiermark, sagte im Kern temperamentvoll nicht sehr viel anderes: Die vielzitierte Integration hat eine Chance, wenn die Leute ihre Vielfalt zum Ausdruck bringen können.

Nicht nur junge ZürcherInnen, HamburgerInnen und SteiermarkerInnen ziehen gerne

in die Welt. Für einige Jahre oder – oft ergab es sich einfach so – für immer. Neben dieser Migration gibt es selbstverständlich auch noch die ungewollte: Viele gehen, weil sie zuhause keine Chance haben oder sehen. Die Unterscheidung der verschiedenen Arten der Migration ist nicht immer ganz einfach. Die Auswirkungen zeigen sich klar: Der Alltag in den Städten ist vielfältig, und die Damen und Herren sehr vieler Nationalitäten beweisen meist, dass das Zusammenleben selten eine Rassen- oder Nationalitätenfrage ist.

Daniel Binswanger beteiligte sich mit einer These zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Fremdenfeindlichkeit. Er ging von seinem kürzlichen Aufenthalt in Griechenland aus, bei dem ihm auffiel, dass fast alle über die MigrantInnen sprachen, obschon Griechenland trotz der realen Flüchtlingswelle andere Kernprobleme hätte. Sie dienen als willkommene Sündenböcke. Integration gelinge nur mit einem bemerkenswerten Wachstum, so seine Schlussfolgerung, die er mit Statistiken untermauerte.

Nehme ich die Intensität der Debatten um die AusländerInnen und AsylantInnen zum Massstab, müssten in der Schweiz griechische Verhältnisse herrschen. Die Mehrzahl der eidgenössischen RätInnen benimmt sich, wie wenn die Abwehr von Flüchtlingen über das Weh und Wohl unseres Landes entschiede. Dabei reichen jährlich höchstens 50 000 Personen bei uns ein Asylgesuch ein, ein Drittel erhält Asyl. Die übrigen verlassen unser Land nach einer kürzeren oder längeren Dauer wieder, sie verhalten sich dabei ruhig. Ein paar Hundert benehmen sich ziemlich daneben. Wobei ich den Verdacht nicht ganz loswerde, dass ihr Blödtun in einem schlechten Verhältnis zur Aufregung steht. Was die Diebstähle und Ähnliches um keinen Deut besser macht.

Die Aufregung erfasst indes auch linke Kreise und die Asylbewegung. Man rüstet wieder einmal zu einem Abwehrkampf: Das Referendum zur Asylgesetzrevision entwickelt sich zur Glaubensfrage. Wer fragt, was bringt's, verantwortet eine weitere Verschlechterung oder die Missachtung der Menschenrechte. Und überlässt das Feld der SVP, anstatt die Lufthoheit mit eigenen Vorstellungen zu erobern – oder wenigstens tapfer das Referendum mitzutragen.

Auch wenn man mich dafür lynchen mag: Ich finde den Geist der Asylrevisionen jenseits von Gut und Böse, aber die konkreten Auswirkungen nur halb so dramatisch. Die Schweizer National- und Ständeräte formulierten im Wesentlichen ein Wunschprogramm, wie sie das Asylproblem (respektive das Abschieben der Unerwünschten und wenn möglich schon ihr Anklopfen) lösen möchten, wenn sie die Macht dazu hätten. Haben sie aber nicht. Es liegt nun einmal in der Natur der Sache, dass man auch unerwünschte Flüchtlinge nur ausschaffen kann, wenn jemand anders sie nimmt. Die Italiener sind, Schengen hin oder her, darauf nicht erpicht, von den Griechen oder den meisten afrikanischen Staaten ganz zu schweigen. Dass die Bearbeitungsfristen so lange gehen, kann nach über zehn Jahren Verbesserungsversuchen nicht in erster Linie an der Unfähigkeit der Verwaltung und der zuständigen BundesrätInnen liegen. Ganz nüchtern betrachten kann man – wie dies die Verwaltung neuerdings mit guten Gründen versucht – die paar Hundert, die Lämpchen machen, prioritär behandeln und sie notfalls auch so unterbringen, dass sie nicht mehr de-

linquieren können. Damit bleibt die Frage unbeantwortet, wie man die Lage jener Flüchtlinge verbessern könnte, die über einige Zeit nicht ausgewiesen werden können und denen es auch vermutlich nicht zum Asyl reicht. Isolation ist sicher der falsche Weg. Aber ein Referendum bewirkt hier gar nichts.

Die SVP hat zwei Kernthemen: Migration mit Asyl und Europa. Zu meinen, man könne ihr beim Thema Asyl die Lufthoheit nehmen, ist eine gefährliche Fehleinschätzung. FDP und teilweise CVP versuchen es. Vermutlich mit mässigem Erfolg. Meine Frage: Warum können wir Linken bei aller Wut, die auch mich über die Bösartigkeit der Debatten vor allem im Nationalrat öfters befiel, nicht die Nerven und die Geduld behalten? Die angekündigte neue Initiative der SVP macht mir keine Angst. Internierungslager für fast alle und Fristen von 30 Tagen sind Wunschträume durchdrehender Politstrategen, die an der Urne auch mit vielen Millionen Franken kaum eine Chance haben. Diese Forderungen sind so weit von den realen Möglichkeiten entfernt, dass man damit nur den erweiterten Kern der eingefleischten FremdenfeindInnen erreicht. Das ist keine Mehrheit.

Unsere Aufgabe sehe ich viel mehr in der Förderung der vorhandenen Vielfalt mit mehr Chancengleichheit zumindest in der Bildung, mit ganz konkreter Hilfe für Flüchtlinge, mit ihrer Vernetzung und mit guter Arbeit der eigenen Behörden.

Man muss, um in der SVP-Sprache abzuschliessen, den Krieg gewinnen, aber sich nicht den Zeitpunkt und Ort der Schlacht vorschreiben lassen.

Koni Loeffe